

Kurswechsel für ein gutes Leben – Pfadwechsel in der Politik

von Martin Allespach

Wer mehr will als eine Politik, die an Symptomen doktert, wer eine Politik will, die Kern und Wesen des Wirtschafts- und Finanzsystems ändert, der braucht eine klare Analyse dessen, was ist, und als Orientierung ein positives Ziel.

Ich gehe davon aus, dass bisher die Krise seit 2008/09 in Teilen der Öffentlichkeit, vor allem von den konservativ-liberalen Akteuren in Politik und Wirtschaft unzureichend analysiert wird. Die Reduzierung der gegenwärtigen Krise als Staatsschuldenkrise – so als ob die Finanzmarktkrise damit nichts zu tun hätte – ist dafür ein Indiz. Und ich werde versuchen, die Skizze des besseren Anderen beispielhaft anhand des folgenden Dreiklangs zu erläutern: eine neue Industrie-Politik plus Gute Arbeit plus eine Neu-Justierung des Sozialstaats.

1. Die Krise und ihr Kontext – die Analyse schärfen

Weithin wird die Banken- und Finanzmarkt-Krise als eine besondere analysiert. Stimmt das? Ich behaupte nein. Vielmehr liegen ihre Ursachen in den folgenden beiden Grundentscheidungen:

1. Bereits in den achtziger Jahren nahmen große Teile der Wirtschaft und vor allem die konservativ-liberalen Teile der Politik Abschied von dem Gedanken, dass Sozialstaat und Mitbestimmung auch Faktoren von wirtschaftlichem Erfolg, von Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit sind. Das hat im Ergebnis nicht nur die soziale Spaltung vertieft, auch die wirtschaftlichen Auswirkungen sind deutlich negativ. In der Phase des regulierten Kapitalismus mit wohlfahrtsstaatlichem Konsens ist das weltwirtschaftliche Wachstum nachgewiesen höher als in Phasen des deregulierten, un-

gezügelter Kapitalismus. Eine gute Sozialpolitik ist eben Voraussetzung für eine gute Wirtschaftspolitik. Mit diesem elementaren Zusammenhang wurde gebrochen.

2. Zu dieser ersten Grundentscheidung gehört eine zweite: Die wichtigsten Unternehmens-Führungen setzten sich kurzfristige hohe Profitziele, propagierten das Konzept des Shareholder Value und behaupteten, das alles sei eine Folge der Globalisierung, und sie könnten nicht anders. Die Treiber stellten sich als die unschuldig Getriebenen dar; zu denen sie dann allerdings in Teilen auch wurden, entwickelten die von ihnen selbst losgetretenen Entwicklungen Eigendynamiken, welche die Initiatoren über kurz oder lang nicht mehr im Griff hatten.

Diese Entscheidungen hatten für die Beschäftigten gravierende Folgen. Gewerkschaften und Belegschaften wurden unter Druck gesetzt. Die Unternehmen wurden in ihren Arbeits- und Produktionsabläufen permanent restrukturiert und rationalisiert, die Arbeit kontinuierlich verdichtet.

Vor diesem Hintergrund sehen Gewerkschafter, Betriebsräte und Vertrauensleute, die sich seit mehr als zwei Jahrzehnten täglich mit dieser Art von Unternehmertum `herumschlagen` müssen, in der Krise 2008/09 zwar nichts alltägliches, aber auch nichts besonderes: Für sie ist diese Krise ein besonders heftiger Ausschlag einer sich lang anbahnenden hochschaukelnden Entwicklung. Eine Strukturkrise, die nicht nur die Arbeits- und Lebensbedingungen von vielen Beschäftigten verschlechterte, die nicht nur das Moment der sozialen Unsicherheit als Regel zurückbrachte, die nicht nur Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit von vielen Unternehmen gefährdet, sondern die auch das Klima in der

Gesellschaft grundlegend änderte. Werte und Tugenden gingen und gehen „vor die Hunde“. Andere Verhaltensweisen gelten als „normal“: Konkurrenz, Egoismus, Prestigedenken, Maßlosigkeit, Ungleichheit.

II. Linker Reformismus und eine Skizze des besseren Anderen

Dem französischen Soziologen Robert Castel folgend charakterisiere ich eine Politik der tiefgehenden Reformen als Strategie des linken Reformismus; Castel grenzt sich so von einem liberalen und rechten Reformismus ab.

Dieses Verständnis von Politik ist pragmatisch. Es grenzt sich gegen jene ab, die alles sofort haben wollen, weil sie die Krise als Apokalypse verstehen. Es grenzt sich zugleich gegenüber denen ab, die vorgeben, einen Plan zu haben, der auf alle Eventualitäten eine Antwort weiß. Beides hat mit den Wirklichkeiten wenig bis nichts zu tun. Der linke Reformismus geht vielmehr einerseits von der „wirklichen Bewegung“ der Veränderung gesellschaftlicher Strukturen und andererseits der Entwicklung von sozialen Kämpfen aus. Es geht um ein Projekt mit langem Atem, das im Hier und Jetzt beginnt, über längere Zeiträume angelegt ist, ebenso gezielt wie flexibel Unterstützung und Bündnisse für den Kurswechsel sucht, Gelegenheiten zum Politikwechsel pragmatisch nutzt und sie gleichzeitig gezielt herbeizuführen sucht. Wer das mit Erfolg betreiben und nicht im Beliebigen landen will, der muss heute wissen, wo er in 20 Jahren etwa stehen will.

Wer den kritischen Realismus pflegt, der findet in dem Konzept des linken Reformismus die fortschrittlichste Strategie im Ringen um eine gerechtere und freiere Gesellschaft. Es braucht keine radikalen Systemalternativen. Es braucht vielmehr entschlossene Reformen, Reformen unter anderem für gute Arbeit, für den Sozialstaat, für mehr Verteilungsgerechtigkeit, für mehr Demokratie auch in der Wirtschaft, für Chancengleichheit in der Bildung. Dafür sind

kontinuierliche Veränderungen erforderlich, die ein entscheidendes Ziel haben: Die Gesellschaft sozialer machen. Das ist emanzipatorische Politik im Interesse der breiten Mehrheit der Menschen.

Bevor ich diese Strategie anhand von drei Politikfeldern zu konkretisieren versuche, benenne ich wenige Ausgangspunkte. Referenzpunkt für diese Strategie ist nach wie vor der sozialistisch-sozialdemokratische Reformpfad, den insbesondere die skandinavischen Staaten seit den 1930er Jahren eingeschlagen haben. Das soll nicht heißen, dass die Rekonstruktion des klassischen Wohlfahrtsstaates das Ziel ist. So darf sich ein moderner effektiver sozialer Staat nicht länger auf das Nationale begrenzen. Er muss den Erfordernissen der Bürgerbeteiligung, der Ökologie, der kulturellen und ethnischen Vielfalt gerecht werden. Er muss seine absichernden sozialen Systeme mit vorsorgenden ergänzen, und er muss sich entsprechend von bürokratisch-hierarchischen Strukturen, patriarchalischer Leistungsgewährung, nationaler Begrenzung und Ethnozentrismus verabschieden. In diesem Sinne strebt der linke Reformismus eine Neujustierung des Sozialstaates an.

Die staatlichen Gebilde werden ihre Strukturen und Fähigkeiten so auf- und umbauen müssen, dass sie künftig wieder eine Chance haben, der Wirtschaft wirksam Grenzen zu setzen. Die Unternehmen und ihre Wertschöpfungsketten sind global orientiert. Viele politische Entscheidungen fallen auf europäischer Ebene oder der Weltpolitik. Das verlangt von den Gewerkschaften ebenso wie von staatlichen Systemen, dass sie ihre Strukturen, Strategien und Inhalte entsprechend weiterentwickeln.

Ich will nun das Konzept des linken Reformismus beispielhaft anhand von drei Politikfeldern präzisieren.

1. Der Arbeit neue Bedeutung verleihen

Erwerbsarbeit erodiert, sie wird mit aktiver Hilfe der Politik demoliert, sie droht zur Ramsch-

ware zu verkommen. Der Anteil des Normal-Arbeitsverhältnisses liegt bei nur noch 69 Prozent, der Anteil von vielfältig prekären fragilen Beschäftigungsformen steigt. Die Kluft zwischen Spitzenverdienern und Niedriglöhnern wächst ins Unermessliche; die Versuche, die Unterschiede aufgrund von Leistung und Verantwortung zu erklären, landen inzwischen regelmäßig im Lächerlichen. Die Produktivität steigt ständig, die Löhne der Beschäftigten sind dagegen zwischen 2000 und 2010 im Durchschnitt um vier Prozent gesunken. Diese gesamtwirtschaftlichen Zahlen und sehr viel bessere Entwicklung beispielsweise in der Metall- und Elektro-Industrie zeigen jedoch auch: Dort, wo Belegschaften gut organisiert und ihre Gewerkschaften organisatorisch, finanziell und tarif- und gesellschaftspolitisch stark sind, gelingt es, solche negativen Trends zu verhindern.

Die Arbeit wird permanent verdichtet und unterliegt erneut mehr denn je der entfremdeten Zerstückelung. Die Arbeit ist für viele Menschen also kein festes Fundament mehr, um die Zukunft zu meistern. Sie ist für sie vielmehr zu einer oft bedrohlichen und immer unzuverlässigen Begleiterscheinung geworden. So müssen wir es sehr ernst nehmen, dass Ungleichheit, Unsicherheit und autoritäre Bevormundung nicht nur den Alltag der mehr oder weniger 30 Prozent an Unterprivilegierten und Marginalisierten prägen. Diese Erfahrungen prägen auch zunehmend die Mitte der qualifizierten Arbeitnehmerschaft. Das heißt, das neoliberale Modell bedroht nicht nur „die Ränder“, was unter den Aspekten von Moral, Gerechtigkeit und würdigem Leben schlimm genug wäre, sondern dieses Modell bedroht das Zentrum, was zusätzlich unter dem Aspekt der Macht und der Widerstandsfähigkeit von hohem Belang ist.

Die Bedeutung der Arbeit muss vor diesem Hintergrund neu gewichtet werden. Denn Arbeit ist zunächst einmal in der Regel von entscheidender materieller Bedeutung für jeden Bürger: Der Lohn liefert die Grundlage, um die persönliche Existenz zu sichern, um das Leben

in Würde und mit einer gewissen Stabilität planen und leben zu können. Arbeit ist jedoch noch viel mehr als das: Für viele Menschen ist sie die Quelle von sinnvollem Tun, Selbstachtung, persönlicher Zufriedenheit, Ausweis von handwerklichem Können und von Anerkennung. Wer also gut ausgebildet ist und eine gute Arbeit macht, der arbeitet auch gerne und engagiert, stärkt damit die Wirtschaftskraft, die Innovationsfähigkeit seines Unternehmens. In ihm wachsen jedoch darüber hinaus Potenziale der Emanzipation, bringt doch das Wissen über beruflich spezialisierte Arbeit zwangsläufig auch ein höheres Niveau an Bildung und sozialer Kompetenz mit sich. Mit dem nach und nach entstehenden „Berufsethos“ wird auch die jeweilige Individualität und Persönlichkeit gestärkt.

Vor diesem Hintergrund wird noch deutlicher, wie wichtig der Kampf der IG Metall für Gute Arbeit ist, und wie notwendig es ist, in überschaubarer Zeit wenigstens die folgenden Minimal-Forderungen durchzusetzen: Mindestlöhne, das Zurückdrängen von prekären Arbeitsverhältnissen, Konzentration auf die Schaffung von sozialversicherungspflichtigen regulären Arbeitsplätzen.

2. Die neue Industriepolitik – Kooperation statt ruinöse Standortkonkurrenz

Wenn die deutsche Wirtschaft heute erkennbar besser als andere Volkswirtschaften die Krise verkräftet, dann liegt dies vor allem an zwei Elementen: die starke Industrie und die Fähigkeit der Akteure in Unternehmen und Gesellschaft – Tarifpartner und Politik - zur Kooperation. Beides ist nicht selbstverständlich: Denn nahezu weltweit galten die beiden Dogmen der Neoliberalen, dass einerseits Kooperation im Wirtschaftlichen den Unternehmen viel zu teuer kommt und andererseits Outsourcing-Strategien und der Ausbau der Finanzindustrie viel mehr Profit mit sich bringen als das mühsamere auf lange Frist angelegte Geschäft, sein Geld mit Qualität, Innovationen, guten Produkten und neuen Märkten zu verdienen. Beiden Dogmen

ist Deutschland nicht oder nur abgeschwächt gefolgt. Seit vielen Jahren unterstützt die IG Metall mit ihrer Kampagne „besser statt billiger“ diese Strategie, die unter den Unternehmern übrigens erst unumstritten ist, seit ihre Erfolge unübersehbar geworden sind.

Das Geheimnis des Erfolges ist die Fähigkeit vieler Unternehmen, alle Produktivkräfte zu mobilisieren. Das wiederum gelingt nur denen, die auf Kooperation setzen:

- Es gibt in Deutschland eine kooperative Unternehmens-Landschaft. Zwischen Herstellern, Zulieferern und den Anbietern von industrienahen Dienstleistungen gibt es Netzwerke, die unglaublich viel Wissen, Erfahrung und Innovationskraft in sich bergen. Diese Schätze können (nur) von hochqualifizierten motivierten Beschäftigten gehoben werden.
- Es gibt zudem eine „produktivitätsorientierte Aushandlungsstruktur“: Bei Umstrukturierungen oder in Zeiten der Krise schaffen es die Tarifpartner, Kompromisse zu schließen, welche die Interessen der Belegschaften, aber auch die des Unternehmens und der Branche achten. Die Stichworte: Überbrückungen mit Zeitkonten, erweiterte Kurzarbeiter-Regelungen, Finanzierungsbürgschaften. Das ist eine Art von Krisenmanagement anhand der übrigens sehr gut zu zeigen ist, wie die Strategie des linken Reformismus funktioniert: In vielen Unternehmen konnten die Auseinandersetzungen genutzt werden, um die faktische Mitbestimmung der Belegschaften zu stärken, also um Macht zu verschieben.

Diese kurzfristigen Erfolge ersetzen jedoch in keiner Weise systematische Interventionen in Form einer langfristigen Industriepolitik. Es geht darum, tiefe ökologische, wirtschaftlich-innovative und soziale Umstrukturierungen in Gang zu setzen. Dazu sind Markt und Wirtschaft unfähig.

Es soll also mit der marktliberalen eindimensionalen Wachstumsdoktrin gebrochen und mit einer aktiven intelligenten Industriepolitik neu begonnen werden: einer Industriepolitik, die sich an dem Leitbild eines qualitativen Wachstums orientiert, das ein den Reichtum mehrendes Bruttoinlandsprodukt mit Ökologie und Sozialem verbindet.

Diese Politik ist machbar und kein Hirngespinnst. Die Nationale Plattform Elektromobilität (NPE) ist ein erstes überzeugendes Beispiel einer projektbezogenen kooperativen Industriepolitik; sie geht unter anderem auf die Anregung der IG Metall zurück, einen Branchenrat „Zukunft der Mobilität“ zu gründen. Im Rahmen der NPE wird der Umbau der Mobilität von mineralölbasierten Treibstoffen auf Elektromobilität entwickelt und gesteuert. Das ist neben der Energiewende das nachhaltigste und ehrgeizigste Innovationsprojekt der kommenden industriellen Moderne. Wirtschaftliche Entwicklungen dieser Größenordnung kann den Märkten nicht überlassen werden. Um die Wirtschaft wieder in Fahrt zu bringen, um den Klimawandel zu bekämpfen, um die Unternehmen ökologisch umzurüsten, um Investitionen in nützliche Sektoren umzuleiten, dafür bedarf es staatlicher Planung.

Das Beispiel einer gestaltenden Industriepolitik muss vervielfältigt werden: mit einer nationalen Plattform demografischer Wandel oder einer zur Organisation des Übergangs zu einer Wirtschaft des minimalen Ressourcen- und Energieverbrauchs.

3. Der Kampf um einen europäischen Sozialstaat

Diese eben skizzierte projektbezogene Strategie von wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Weiterentwicklung könnte auch auf europäischer Ebene helfen, die bisherige Blockade der von liberal-konservativen Mehrheiten beherrschten EU zu brechen. Erst in der Krise, 2009 und 2010, entwickelten EU-Gremien Ansätze einer Politik der Regulierung (für den Finanzsektor) und einer Wachstums- und Beschäftigungspoli-

tik. Erst seit einiger Zeit – die politischen Verschiebungen in Frankreich haben da geholfen – neigt sich die Waage also gegen die Marktliberalen.

Trotzdem gilt unverändert: Die Grundarchitektur der EU ist asymmetrisch. Die Deregulierung der Wirtschaft hat eindeutig Vorrang vor der Regulierung in sozialen und arbeitsrechtlichen Fragen. Das geht so weit, dass aufgrund der EuGH-Rechtssprechung nationale arbeits- und sozialstaatliche Schutzrechte potentiell bedroht sind. Der EU-Sozialstaat rückte so weiter weg und nicht näher.

An dieser Stelle müssen die Gewerkschaften rote Linien ziehen: National erkämpfte sozialpolitische und arbeitsrechtliche Errungenschaften haben Vorrang vor EU-Recht. Eingriffe in die Tarifautonomie, Angriffe auf die Mitbestimmung können nicht geduldet werden. Dies ist kein chauvinistischer Protektionismus, das ist Notwehr: Es kann nicht im Sinne der europäischen Idee sein, wenn EU-Institutionen fortschrittliche nationale Standards untermenieren wollen.

Diese Auseinandersetzungen ändern in keiner Weise die positive Einstellung der Gewerkschaften zur europäischen Idee. Im Gegenteil: Wir führen diese Kämpfe, weil wir an diese Idee auch in Krisenzeiten glauben. Berthold Huber, 1. Vorsitzender der IG Metall, beschreibt die Position so: „Ein vereintes Europa ohne trennende Grenzen, mit der Gewissheit auf eine friedliche Zukunft in sozialer Sicherheit und sozialem und ökonomischem Fortschritt, das war und bleibt so etwas wie unser `europäischer Traum`. Für uns als Gewerkschaft umschreibt das die Hoffnung, die wir mit dem Projekt soziales Europa verbinden. Der europäische Traum, der hat sehr wenig zu tun mit Freizügigkeit des Kapitals und einem Selbstbedienungsladen für die internationalen Finanzmärkte. Das Europa, für das wir eintreten,

- das sind bessere Lebens- und Arbeitsperspektiven für alle Menschen,

- das ist sozial verpflichtetes, nachhaltiges Wirtschaften,
- das ist weltweites Vorbild gelebter Vielfalt der Kulturen.“

III. Rolle der Gewerkschaften

Lange Zeit verhallte die Kritik ungehört, die vor allem die Gewerkschaften am finanzmarktgetriebenen Kapitalismus äußerten. Mit der Finanzmarktkrise 2008/2009 änderte sich das. Der IG Metall-Vorsitzende Berthold Huber nutzte diese Chance, um mit seinem Buch „Kurswechsel für Deutschland“ die Debatten zu befördern.

Die IG Metall hatte schon vor der Finanzmarktkrise eine Debatte über gesellschaftlichen Fortschritt begonnen. Leitbild dieser Wertedebatte war die in der philosophischen Tradition Europas tief verankerte Idee eines guten, erfüllten Lebens. Beim Ausbuchstabieren dieser Idee erwies sich insbesondere das Konzept der praktischen Verwirklichung individueller Chancen als nützlich; es wurde von dem indischen Wirtschaftswissenschaftler Amartya Sen und der amerikanischen Sozialphilosophin Martha Nussbaum entwickelt. Auf ihrem internationalen Kongress „Kurswechsel für ein gutes Leben“ – er wird vom 5. bis 7. Dezember in Berlin abgehalten – wird die IG Metall diese Debatte über praktische Alternativen zum finanzmarktgetriebenen Kapitalismus fortsetzen.

Die eigenen Werte – Solidarität, Gerechtigkeit, Gleichheit und Freiheit – offensiv in der täglichen Arbeit zu vertreten, das politisiert das Handeln der Gewerkschaften. Sie können so deutlich machen, dass sie keine Klientelpolitik betreiben, sondern sich von einem gesellschaftspolitischen Anspruch leiten lassen. ■

↳ Prof. Dr. Martin Allespach ist Leiter des Bereichs Grundsatzfragen beim Vorstand der IG Metall.